



### **Geschäftsführung Ausschuss Kunst und Kultur**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657  
Fax : (0221) 221-24141  
E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 04.05.2015

### **Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift der 6. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur vom 28.04.2015**

#### **öffentlich**

#### **3 Kulturbauten**

##### **3.1 Sachstandsbericht über den Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv - Stand: 02.03.2015 0731/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

##### **3.2 Bericht über den Neubau des Historischen Archives und des Rheini- schen Bildarchives am Eifelwall - Stand 01.04.2015 1106/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

##### **3.5 Eifelwall, Neubau des Historischen Archivs mit Rheinischem Bildarchiv Baubeschluss 0373/2015**

Die Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Tagesordnungspunkten 3.1 und 3.2 behandelt.

Die Leiterin der Gebäudewirtschaft Rinnenburger macht bezüglich der Beschlussvorlage zum Baubeschluss des Historischen Archivs darauf aufmerksam, dass in der Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten scheinbar ein Missverständnis betreffend der Zahlen aufgekommen sei. Hierzu sei nun dem Ausschuss Kunst und Kultur als Anlage 7 eine Stellungnahme der Gebäudewirtschaft vorgelegt worden. Sie macht insbesondere auf die darin enthaltene Synopse aufmerksam. Fakt sei außerdem, dass es in beiden Beschlussvorlagen bezüglich der Baukosten eine Unterscheidung gebe. Dies gelte für die Rollregalanlage als fester Einbau und für weitere Einrichtungskosten für sogenannte lose Einrichtungen, wie beispielsweise die Büro-

möblierung. Sie weist darauf hin, dass die vorliegende Beschlussvorlage gegenüber dem Weiterplanungsbeschluss insofern abweiche, dass man nun 0,46 Prozent günstiger sei. Außerdem gebe es im Baubeschluss einen Alternativvorschlag, der mit 90 Mio. € ende. Diese höhere Summe resultiere aus dem zugerechneten Risikozuschlag von 10 Prozent und sei in der Anlage 5 aufgeführt und explizit dargestellt. Zu den beiden Sachstandsberichten erläutert sie, dass es hier keine Abweichungen gebe macht jedoch auf die rote Ampeldarstellung im Bereich der Termine aufmerksam. Dies sei zustande gekommen, weil man den Baubeschluss ursprünglich in eine frühere Sitzung des Rates habe geben wollen. Die Verwaltung habe sich jedoch darauf verständigt, dass der Baubeschluss nur gemeinsam mit der Offenlegung des B-Planes gelesen werden könne. Sie geht davon aus, dass im Laufe des Baubetriebes die rote Ampeldarstellung jedoch verschwinde. Abschließend weist sie darauf hin, dass man in der letzten Woche die Abbrucharbeiten eingestellt habe, da dem Auftragnehmer gekündigt worden sei. Allerdings stehe man mit dem Zweitmindestfordernden in Verhandlungen und nehme die Arbeit zeitnah wieder auf.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für die Informationen, welche hilfreich für die Ausräumung der aufgetretenen Irritationen seien.

RM Dr. Elster ist der Auffassung, dass die als Anlage 7 nachgereichte Tabelle nicht ausreichend sei. Hier seien die Zahlen aus der Ratsvorlage vom 18.07.2013 nicht aufgeführt. Die Gesamtkosten seien damals in einer Höhe von 76,33 Mio. € ausgewiesen worden. Es gebe in der aktuellen Vorlage kein einziges Indiz dafür, dass die Einrichtungskosten hier nicht enthalten seien. Er kritisiert, dass über die Entstehung der erhöhten Gesamtkosten von nunmehr 82,8 Mio. € nie eine Mitteilung vorgelegt worden sei. Er weist im Übrigen den Vorwurf zurück, dass seine Fraktion durch kritische Nachfragen den Neubau des Historischen Archivs verzögern würde. Er erinnert in diesem Zusammenhang daran, dass die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion sich bereits im März 2013 für einen Baubeschluss ausgesprochen haben. Er moniert, dass die vermeintlich kleinere Lösung des Projektes inzwischen genauso teuer sei wie die zunächst geplante Variante mit der Kunst- und Museumsbibliothek. Im Übrigen spricht er sich dafür aus grundsätzlich den Risikovorschlag abzulehnen. Dieser sei seines Erachtens nicht notwendig und ergebe sich aus den ursprünglich vorgelegten Gesamtkosten. Es sei denn, man wisse heute bereits, dass das Projekt um 10 Prozent teurer werde, was dem Risikovorschlag entspreche. Dann müsse man jedoch offen darüber reden. Er merkt abschließend an, dass in der alten Fassung der Vorlage von 2013 über 8 Mio. € Mietkosten pro Jahr einkalkuliert worden seien. In der aktuellen Fassung seien es jedoch nur noch 2,7 Mio. € für Mietkosten bei identischen Betriebskosten veranschlagt. Er fragt wie dies zu Stande gekommen sei und ob die alte Vorlage fehlerhaft gewesen sei. Zudem bittet er darum, das Thema Risikozuschlag ergänzend zu erläutern und unterstreicht, dass seine Fraktion der Vorlage in dieser Form noch nicht zustimmen könne.

Frau Rinnenburger weist darauf hin, dass die in der alten Vorlage dargestellte Finanzierungsübersicht, in der die Einrichtungskosten aufaddiert worden seien, sich nicht verändert habe. Auch im Weiterplanungsbeschluss seien die Zahlen bereits vorhanden gewesen. Sie zeigt auf, dass es in der vorliegenden Anlage 7 eine Unterscheidung zu dem alternativen Beschlussvorschlag, wo der Baubeschluss mit 76.331 Mio. € ende, gebe. Die Lösung inklusive des Rheinischen Bildarchivs ende mit 97 Mio. €. Die Einrichtungskosten verändern sich nicht und seien bei allen vorgeschlagenen Lösungen gleich. Sie erklärt, dass der nun vorgelegte Risikozuschlag in der Anlage 5 genau beschrieben sei. Dort sei dezidiert aufgeführt welche Risiken bestehen. Außerdem gebe es die Vorgabe des Rechnungsprüfungsamtes keine Sicherheitszulagen in Baukosten zu kalkulieren. Man wolle mit der Aufführung und Bewertung der

Risiken darstellen, dass möglicherweise welche eintreten können. Selbstverständlich könne man den Beschluss ohne den Risikozuschlag herbeiführen. Es handle sich lediglich um einen Alternativvorschlag. Zu der Unterscheidung der Mietansätze erklärt sie, dass der Rat im April 2014 eine neue Satzung verabschiedet habe und demnach ein Flächenverrechnungspreis zu ermitteln sei und keine Kostenmiete mehr. Diesem Flächenverrechnungspreis liege die aktuelle Berechnung der Mietkosten zu Grunde. Dies sei im Übrigen in der Beschlussvorlage beschrieben.

Herr Tautkus unterstreicht, dass Köln es sich und in seiner Restwürde schuldig sei, ein vorbildliches Gebäude mit einem vorbildlichen Konzept und einem dementsprechenden Verfahren zu errichten. Hierzu seien alle Beteiligten aufzurufen. Er merkt unter anderem weiter an, dass er nicht verstehe, warum das Projekt unter so einem enormen Zeitdruck stehe und fragt, ob es bausachliche Gründe gebe, die Planung baubegleitend fortzuführen und ob das Projekt nicht als Einstieg dafür dienen könne, mit der Inbetriebnahme des Gebäudes ein Budget für die Instandhaltung im Haushalt einzuplanen.

Herr Prof. Schäfer weist darauf hin, dass der Unterausschuss Kulturbauten den Bauentschluss ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen habe, weil er dort als Tischvorlage vorgelegt worden sei. Er plädiert dafür, in der heutigen Sitzung einen Beschluss zu fassen. Schließlich müsse das Historische Archiv schnellstmöglich gebaut werden. Er berichtet, dass die Archivalien derzeit in verschiedenen Archiven in ganz Deutschland untergebracht seien. Er betont, dass der Risikozuschlag kein Zuschlag sein dürfe, der per se eingerechnet werde und als Pauschale verausgabt werden könne. Dies müsse seines Erachtens für den Unterausschuss Kulturbauten nachvollziehbar sein. Er weist in diesem Zusammenhang auf das Schreiben des Rechnungsprüfungsamtes hin und bittet darum, diese Aspekte zu berücksichtigen.

RM von Bülow schließt sich dem an und fragt, ob die Baupreisindexsteigerung bereits in den Kosten enthalten sei. Außerdem möchte sie wissen, ob künftig in der Darstellung der Monatsberichte des Bauprojektes der Risikozuschlag gesondert von den tatsächlichen Baukosten ausgewiesen werde. Sie bedankt sich für die als Anlage 7 vorgelegten Zahlen und appelliert an die CDU-Fraktion nicht mit falschen Zahlen falsche Signale in die Stadt zu senden. Nach der Sitzung des Unterausschusses Kulturbauten habe man solche Zahlen der Presse entnehmen können und zudem sei das Projekt schlechtgeredet worden. Sie hält es für notwendig, das Projekt auf den Weg zu bringen und heute den entsprechenden Beschluss zu fassen.

Frau van Duiven erinnert daran, dass es ursprünglich einen Beschluss über Kunst an dem Bauprojekt gegeben habe und fragt, ob daran festgehalten werde. Sie merkt an, dass die damals angegebenen Kosten dafür, im Vergleich zu den Gesamtkosten, sehr gering gewesen seien.

RM Henseler erinnert an eine Debatte über den jetzigen Standort und ob dieser überhaupt für ein Archiv geeignet sei. Hierzu habe es mehrere Bürgerinitiativen gegeben und im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren auch eine Bürgerbeteiligung. Dies finde jedoch mit keinem Satz Erwähnung in der Beschlussvorlage. Es gab seiner Zeit zwei Standorte über die diskutiert worden sei. Einer davon sei beispielsweise der Standort des ehemaligen Justizzentrums. Er bedauert, dass man mit den Bürgerinitiativen keine Diskussion geführt habe. Er hält es für wünschenswert, dass man bis zur Ratssitzung auf die Dinge, die in der Debatte zu diesem Projekt in der Stadtgesellschaft eine Rolle spielen, eingehen könnte.

Herr Deutsch weist auf erhebliche Verzögerungen in dem Projekt hin und erinnert daran, dass das Vorhaben dieser Stadt nach dem Einsturz des Archives ein ganz anderes gewesen sei. Die jetzige Zeitschiene bleibe nicht ganz ohne Folgen.

Schließlich müssen nun die Asylarchive sukzessive geräumt werden. Deshalb habe man in Düsseldorf das alte Landesarchiv anmieten müssen, was nicht unerhebliche Kosten verursache. Bezüglich der Zeitschiene möchte er wissen, wie gut sich diese prognostizieren lasse und warum die Projektbegleitung nicht bereits durchgeführt werde.

RM Dr. Elster weist den Vorwurf von sich, dass seine Fraktion das Projekt verzögere. Dies habe seines Erachtens eher die SPD-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen getan. Bezüglich der Mietkosten merkt er an, dass das Historische Archiv kein reines Verwaltungsgebäude sei und für ihn sei somit die dargestellte Mietkalkulation nicht nachvollziehbar. Er bittet darum, dies für die weiteren Beratungen ausführlicher und nachvollziehbarer darzustellen.

Herr Deutsch fragt nach Risiken im B-Plan.

RM Zimmermann macht deutlich, dass sich seine Position in der Angelegenheit ein wenig verändert habe. Zum einen finde er es bedauerlich, dass man nicht den Mut habe die große Lösung mit der Kunst- und Museumsbibliothek umzusetzen. Zum anderen habe damals die Erweiterung des neuen Grüngürtels im Masterplan nicht dominierend zur Debatte gestanden und habe bei der Standortsuche keine Rolle gespielt. Er bedauert, dass es nicht gelinge solch große Bauprojekte wie die Parkstadt Süd, den Neubau des Justizzentrums und den Neubau des Archivs städtebaulich klug zu entwerfen und die Bürgerschaft besser einzubinden. Mit dem heutigen Beschluss lege man seines Erachtens jede öffentliche Diskussion dazu lahm. Er kündigt an, dass seine Gruppierung der Vorlage im Rat nicht zustimmen werde. Er begrüßt trotzdem, dass das Historische Archiv nun so schnell wie möglich gebaut werde.

Frau Rinnenburger erklärt bezüglich der Planungssicherheit, die Risiken selbstverständlich sinken, wenn sich mehr Zeit für die Planung nehme. Dies gelte bei einem Neubau insbesondere für die Kosten. Dem Statusbericht sei zu entnehmen, dass man die Leistungsphase 5 bereits abgerufen habe und sich somit in der Ausführungsplanung befinde. Sie weist darauf hin, dass in der Kostenübersicht die Abweichungen die üblicherweise in der Kostenschätzung nach DIN möglich seien und man erreiche den Punkt wo die Kosten stimmig seien. Zum Thema Risikozuschlag erläutert sie, dass dies bei einer Zustimmung natürlich nicht bedeute, dass man die höhere Summe auch verbaue. Sie schlägt vor, die aufgeführten Risiken differenzierter darzustellen. Im Übrigen steuere die Ampeldarstellung gegen die Kosten und nicht gegen die Risikosumme. Sie könne sich vorstellen, eingetretene Risiken und deren Kosten möglicherweise in den Statusberichten darzustellen. Sie erklärt weiter, dass der Baupreisindex bereits in den Kosten enthalten sei. Zu dem aktuellen Stand der B-Beplanung könne sie leider keine Aussage treffen, dies obliege dem Stadtplanungsamt. Zu den Mietkosten räumt sie ein, dass der Flächenverrechnungspreis schwer zu verstehen sei und weist auf die ergänzenden Erläuterungen zum neuen Verrechnungspreismodell in der Anlage 4 der Beschlussvorlage hin. Sie hebt hervor, dass das Historische Archiv durch die vielen städtischen Mietflächen den Vorteil habe, als Verwaltungsfläche in die große Kumulation der Flächen zu fallen und dadurch der relativ niedrige Mietpreis zustande komme. Die Berechnungen entsprechen der Vorgabe des Verrechnungspreismodells, welches die Kämmerei erarbeitet habe. Bezüglich der Einrichtungskosten macht sie deutlich, dass diese stets, bis zur Veränderung der Satzung des Flächennutzpreises, von den Baukosten getrennt dargestellt worden seien.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt bezüglich des Beschlusses zur Kunst am Bau, dass die Behandlung dessen im Zusammenhang mit der Außengestaltung des Gebäudes vorgesehen sei. Sie führt außerdem aus, dass die Kulturstadt Köln mit

dem Einsturz des Historischen Archivs 2009 eine schwere Wunde erlitten habe, welche kaum eine andere Stadt in Deutschland oder gar Europa nachvollziehen könne. Insofern sei es ihr seit ihrem Amtsantritt als Kulturdezernentin der Stadt Köln stets ein oberstes Anliegen gewesen, den Neubau des Historischen Archivs konstruktiv zu begleiten und nach vorne zu bringen. Sie werde stets gefragt, wann man das neue Archiv eröffne. Nach wie vor gehe sie davon aus, dass dies 2019 sein werde. Sie begrüßt die bis ins Detail geführte Diskussion in der heutigen Sitzung und bittet darum, eine parteiübergreifende Allianz für das Historische Archiv zu bilden, nach vorne zu schauen und auch an die beiden Opfer zu denken. Sie plädiert dafür, dem überzeugend dargestellten Baubeschluss zuzustimmen.

RM Dr. Elster beantragt, die Angelegenheit ohne Votum in den Rat weiterzuleiten. Aus seiner Sicht seien die Erläuterungen der Verwaltung nicht erschöpfend. Zudem gebe es die Zusage der Verwaltung eine Kalkulation vorzulegen und betreffend des Risikozuschlags weitere Informationen zu liefern. Ebenso bestehe aus seiner Sicht nach wie vor das Problem mit der Darstellung der Mietkosten. Hier ist er nach wie vor der Auffassung, dass die Flächen des Historischen Archivs keine Verwaltungsflächen seien.

Herr Prof. Schäfer vertritt die Ansicht, dass der Ausschuss Kunst und Kultur in der Angelegenheit einen Beschluss fassen müsse. Da jedoch nicht für alle Ausschussmitglieder alle Fragen ausreichend beantwortet worden seien, schlägt er vor, vor Beginn der verschobenen Sitzung des Betriebsausschusses Bühnen eine Sondersitzung des Ausschuss Kunst und Kultur einzuberufen und dort einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass die Beigeordnete die Bedeutung des Beschlusses hervorgehoben habe. Sie unterstützt den Vorschlag ihres Vorredners und bittet die Verwaltung frühzeitig alle offenen Fragen zu beantworten, damit man in der Sondersitzung einen Beschluss herbeiführen könne.

Herr Prof. Dr. Lemper weist darauf hin, dass vor nunmehr sechs Jahren der Grundsatzbeschluss zum Neubau des Historischen Archivs gefasst worden sei. Mit dem letztendlich vorgelegten Vorschlag sei er auch nicht ganz einverstanden. Abschließend kritisiert er, dass die Verwaltung dem Ausschuss nahezu schulmeisterlich die Bedeutung eines Archives deutlich machen müsse und Mitgliedern der Politik vorwerfe, dass aus deren Sicht berechtigt gestellte Fragen zur Verzögerung des Projektes führen. Er unterstreicht, dass man als Kommunalpolitiker nicht nur das Recht habe Fragen zu stellen, sondern sogar die Pflicht. Hiervon lasse sich seine Fraktion nicht abbringen.

Herr Prof. Schäfer kann die Sichtweise seines Vorredners nicht teilen und betont, dass er in dieser Sitzung aufschlussreich und souverän von der Verwaltung informiert worden sei. Er hatte eher den Eindruck, dass der Politik in der Debatte um den Baubeschluss hoher Respekt entgegengebracht worden sei. Aus seiner Sicht hätte in der heutigen Sitzung ein Beschluss herbeigeführt werden können. Er merkt an, dass er mit seinem Vorschlag eine Sondersitzung zu dem Thema einzuberufen ein gewisses Entgegenkommen gegenüber der CDU-Fraktion gezeigt habe. Im Übrigen habe niemand den Vorwurf erhoben, dass durch gestellte Fragen das Projekt verzögert werde.

Die Angelegenheit wird in der Sondersitzung am 6. Mai 2015 behandelt.